

**Absender  
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

**Drucksachen-Nr.**

**0144/2011**

**öffentlich**

## **Antrag**

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten  
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

**zur Sitzung:  
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 29.03.2011**

### **Tagesordnungspunkt**

**Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.03.2011 zur Erhaltung  
oder Erneuerung der Fußgängerzone**

### **Inhalt:**

Die Fraktion DIE LINKE./BfBB beantragt mit Schreiben vom 14.03.2011, der Rat möge die Entscheidung über das Thema „Erhaltung oder Erneuerung der Fußgängerzone“ an sich ziehen.

Der Antrag ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

## **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

Die Entscheidung über den Endausbau der Fußgängerzone Bergisch Gladbach mit einem der auf den Musterflächen ausgelegten Steinbeläge im Rahmen der Regionale 2010 ist Bestandteil der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 17.03.2011 (Vorlage Nr. 0104/2011, Regionale 2010; Projekt stadt :gestalten Maßnahmenabschluss West). Der diesbezügliche Beschlussvorschlag lautet:

„Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt den Endausbau des Bahnhofsvorplatzes und der Fußgängerzone (s. Anlage 1) mit dem Steinbelag der Musterfläche \_\_\_\_\_ (ergibt sich aus der Beratung).“

In der Sachdarstellung der Vorlage wird das Verfahren der Auswahl des Steinbelages wie folgt dargestellt:

„Im Wettbewerbsvorschlag wurde vom Landschaftsarchitekten ein Natursteinbelag für die Innenstadt vorgeschlagen. Im Verlauf der weiteren Qualifizierung und finanziellen Konsolidierung des Projektes zeigte sich aber, dass die Kosten für einen solchen Belag das verfügbare Budget weit übersteigen. Dies ist einerseits auf die Material- und Bearbeitungskosten, z.B. bei gesägter Grauwacke, andererseits auf die spezielle Verlegeweise, mit Verbau von Dränasphalt, zurückzuführen.

Alternativ wurde deshalb ein hochwertiger Betonstein vorgeschlagen. Dieser ist erheblich preisgünstiger und gut zu verlegen. Außerdem entsprechen Fugenausbildung sowie Oberflächenbeschaffung den speziellen Anforderungen hinsichtlich Rutschfestigkeit, Reinigung und Winterdienst.

(...)

Aufgrund der Vielfalt der Betonsteine wurde eine Vorauswahl aufgrund technischer und gestalterischer Kriterien getroffen. Folgende Steine wurden ausgewählt:

- Muster 01: Dolomitzuschläge
- Muster 02: Granitnachbildung
- Muster 03: Basaltnachbildung
- Muster 04: Grauwackezuschläge

Details wie Verband (Reihenverband), Format (64x32 bzw. 60x30, 40x20, 30x15, 48x24, 32x16, Dicke jeweils 14) lassen sich an den Musterflächen erkennen.

(...)

Damit die BürgerInnen der Stadt einen möglichst realistischen Eindruck von der neuen Pflasterung bekommen, wurden Musterflächen im Bereich des Bahnhofsvorplatzes geschaffen.

Der Fachbeirat der Regionale 2010 wird in einer Sitzung am 10.03.2011 über die Materialwahl beraten und hierzu eine Empfehlung aussprechen.

Durch eine Bürgerbeteiligung (Postkartenaktion vor Ort und Internetwahlmöglichkeit) und die anschließende Entscheidung im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 17.03.2011 soll sichergestellt werden, dass in einem breit angelegten Abstimmungsverfahren

eine allgemein akzeptierte Materialauswahl getroffen wird.“

Aus Sicht der Verwaltung wird mit diesem Verfahren eine Bürgerbeteiligung in hohem Maße gewährleistet. Zudem wird darauf hingewiesen, dass der enge Terminplan der Baumaßnahme eine weitere Verzögerung nicht zulassen würde. Diesbezüglich ist seitens der Verwaltung im Vorfeld auch eine Abstimmung mit der Politik erfolgt und eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 17.03.2011 einberufen worden, in der die oben bezeichnete Entscheidung getroffen werden soll.

Durch die Mitglieder des Fachbeirates (u.a. Frau Prof. Drey, Herr Prof. Prinz, Herr Prof. auf'm Kolk) wurde das Verfahren zur Bürgerbeteiligung als vorbildlich herausgestellt.

Gemäß § 14 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung fällt die oben bezeichnete Entscheidung in die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Die Verwaltung empfiehlt dem Rat, diese durch den Rat selbst getroffene Zuständigkeitsregelung einzuhalten und den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vor diesem Hintergrund abzulehnen.